

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Reichsmark, für außerorts 0,35 Reichsmark, für das Ausland 0,50 Reichsmark. Die Anzeigenzeile 31 mm breit, kostet 1,50 Reichsmark, für außerorts 2,00 Reichsmark. — Die Belegblätter für Buchstabenanzeigen betragen 0,10 Reichsmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung durch Posten. Postbezug für Monat September 2,00 Reichsmark, für die Tages- und Wochenblätter monatlich 1 R. 15. Preisänderungen im Inlande wöchentlich 0,90 Reichsmark, nach dem Einzelnummer 10 R. Pfennig Ausland 1,20 Reichsmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7981, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 218

Donnerstag, 17. September 1925

XXXIII. Jahrg.

## Die große europäische Friedenskonferenz

Keine bloße Beratung der Außenminister — Deutschland wünscht strenge Beschränkung der Konferenz auf den Westpakt — Wieder eine französische Schlappe in Marokko

### In Luzern am 6. Oktober? Die Anleihepolitik deutscher Städte

Wieder einmal ein neues Datum und ein neuer Ort

Von Dr. jur. Max Seldel, Geheimen Regierungsrat (Berlin-Friedenau)

B. Berlin, 16. September  
Neben Lausanne und einem Ort am Comer See wird als Treffpunkt der Konferenzteilnehmer neuerdings in Luzern unterrichteten Kreisen auch wieder, wie schon vor acht Tagen, Luzern genannt, als Tag der großen europäischen Friedenskonferenz bezeichnet man den 6. Oktober. Die endgültige Festlegung bleibt indes den Verhandlungen der Rabinette überlassen. Der Plan einer bloßen Außenministerkonferenz wird hier als allgemein für selbst angezogen. Man ist davon überzeugt, daß in den Verhandlungen der Charakter der Konferenz als Weltkonferenz der Rabinette und der Regierungen festgelegt werden wird. Die „Tägliche Rundschau“, deren Ausführungen ja bei ihren Beziehungen zu Dr. Stresemann besondere Beachtung beanspruchen, ist, soweit damit bereits wie mit einer feststehenden Tatsache. Im übrigen vertritt man auf deutscher Seite auch wie vor den Standpunkt, daß, nachdem die Schritte in London sich lediglich mit dem Rheinpakt befaßt haben, die Schritte der Konferenz in der gleichen Weise abgegrenzt werden müssen. Die Franzosen versuchen, das Programm zu erweitern und auf irgendeine Weise den Tschechen und Polen eine Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu sichern. Diese Schritte werden zugleich mit unverändertem Eifer fortgesetzt. Man hält sich in Paris neuerdings mit dem Gedanken einer gleichseitigen Verhandlung der Ost- und Westfrage in der Art, daß neben der Hauptkonferenz über den deutsch-französischen Schiedsvertrag noch eine Parallellkonferenz einberufen sei, in der die östlichen Probleme zur Verhandlung kämen. Die deutschen maßgebenden Stellen sehen auch diese Form einer Vereinigung der beiden Fragen, die dem Grundgedanken der ursprünglichen deutschen Kon-

ferenz direkt zuwiderläuft, als entschieden ab. Das deutsche Memorandum, das den Ruf zur Einberufung der Weltkonferenz gegeben hat, bezog sich, wie allen solchen Tendenzen gegenüber immer wieder unterstrichen werden muß, lediglich auf die Westfrage. Was wir gegenwärtig mit der Tschecho-Slowakei und Polen vereinbaren wollen, ist unsere persönliche Angelegenheit und bedarf nach Ansicht der Reichsregierung nicht der Erörterung auf einer allgemeinen Konferenz. Wäre es doch auch immer noch die Ansicht der britischen Regierung, und es bleibt zu hoffen, daß sie sich von dieser Anschauung durch die Franzosen nicht abbringen läßt. Für Deutschland kommen jedenfalls nur zwei zeitlich und örtlich verschiedene Konferenzen in Frage.

#### Vor der Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

B. Berlin, 16. September. (Wg. Drahtbericht)  
Die Unterhaltung, die gestern Dr. Stresemann mit dem französischen Geschäftsrat hatte, soll sich hauptsächlich um die Frage des Konferenzortes gedreht haben. Wie bereits mitgeteilt, rechnet man damit, daß der Auswärtige Ausschuss nach dem Rabinett am Montag sich mit der Einberufung befaßt wird. Ihn einzuberufen, liegt bekanntlich dem deutsch-nationalen Abgeordneten Herz als Vorgesetztem ob. Da die Dinge jetzt zur Entscheidung herangereift sind, ist wohl nicht zu bezweifeln, daß er von seiner Befugnis Gebrauch machen wird. In hiesigen politischen Kreisen deutet man allgemein das Wort „Rabinettkonferenz“ in der Einberufung dahin, daß neben den Außenministern gegebenenfalls auch noch andere Mitglieder der Regierungen die Teilnahme freigestellt werden soll. Ob die Reichsregierung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wird, muß sich ja nun sehr bald entscheiden.

## Gegenstoß Abd el Krims

Wiedereroberung der Höhen von Bibane nach heftigen Kämpfen mit den Franzosen — Bergweiserle Lage der Spanier bei Alhucemas

Telegramm untes Korrespondenten

w. London, 16. September  
Alle heute morgen aus Marokko vorliegenden Nachrichten stimmen darin überein, daß die Lage der bei Alhucemas gefandenen spanischen Truppen nach wie vor überaus ernst ist. Es heißt, daß eine zweite französische Offensiv zur Entlastung der Spanier vorbereitet wird. Tatsache ist jedenfalls, daß die französisch-spanischen Operationen vorüberhand gewinnen und daß die Spanier eine neue Katastrophe droht. Den „Times“ wird aus Tanger gemeldet: Es ist ganz klar, daß das spanische Hauptquartier in Tetuan um das Schicksal der spanischen Truppen bei Bibane sehr besorgt ist. Trotz allen Bemühens ist es sicher, daß die Verbindung in der Nacht von Alhucemas nur einen Teil eines viel umfassenderen Offensivvorstoßes darstellen sollte, der auszuführen werden mußte. Die militärische Lage der Höhe bei Morra Nueva, südlich von Bibane, wo das Hauptkontingent der Truppen gelandet wurde, ist sehr ungünstig. Sie besteht nur aus den Befestigungsanlagen, ohne jede Wasseranlage. Dazu kommt, daß sie hart den Ostwinden ausgesetzt ist, die oft tagelang jede Landung unmöglich machen. Die Schwierigkeiten der Versorgungslage liegen demnach außer Zweifel, als am 11. September ein heftiger Sturm aufbrach und seitdem ununterbrochen weht. Sodann hat seitdem die Alhucemas-Lage sich wieder verschlechtert, die Angriffe von der französisch-spanischen Seite „wollte zum Scheitern gebracht werden“, wie es in den amtlichen Meldungen heißt. Sie beschießen nachts das spanische Lager von den Bergen herab, die das Berggebiet und die ganze Höhe beherrschen. Am Tage schweben sie und ihre Stellungen bleiben vorzogen.

geworfen sind, erfüllen alle um das finanzielle Gleichgewicht Besorgten mit Schrecken. Weiter erregt die am Ende der guten Jahreszeit an einer unwillkürlichen Räte vorgenommene Operation schwere Befürchtungen im ganzen Lande.  
Von der französischen Front wird dem „Daily Express“ von seinem Korrespondenten telegraphiert: „Die Höhen von Bibane wurden gestern von den Rissen nach einer blutigen Schlacht wieder zurückerobert. Die Höhen wurden bei Beginn des Feldzuges von den Franzosen besetzt, dann nach verzweifeltstem Widerstand verloren, Johann beim Vormarsch von Petain's Armee vorzige Woche wieder genommen und sind jetzt wieder an die Risse verlorengegangen. Man erwartet noch blutige Kämpfe, bis die Franzosen sie endgültig besetzen können.“

#### Kurruhen in der französischen Etappe

Telegramm untes Korrespondenten  
ab. Paris, 16. September. Aus Bes wird berichtet, daß vorrücken auf der Straße von Bes nach Taza, also weit im Rücken der französischen Armee, ein Aufruhr, ein Industrieller und ein Arbeiter sehen, von ungefähr zehn Eingeborenen angegriffen wurde. Der Industrielle wurde durch Gewehrschüsse schwer verletzt. Die beiden anderen Insassen erlitten leichtere Verletzungen.

#### Das Verfahren gegen Ehrhardt

B. Berlin, 16. September. (Eigener Drahtbericht).  
Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat der Staatsgerichtshof nunmehr auch das Hochverratsverfahren eingeleitet, das wegen der Ränderung Älftigkeit Ehrhardts und wegen der mit seiner Verhaftung zusammenhängenden Vorgänge gegen ihn selbst, den Studenten Friedt und den inzwischen verstorbenen Professor Schiffer anhängig war. Dabei ist jedoch vom Staatsgerichtshof ausdrücklich festgestellt worden, daß das Verfahren wegen Weisens und wegen Weisens zum Weisens der Urteilsinstanz Coblenz noch weiterläuft.

Nach der ganzen Einstellung unserer Zeit wurden die argeren Kredite, die der deutschen Wirtschaft zuließen sollten, in den letzten Jahren vornehmlich vom Ausland erwartet. Man schätzte das Ergebnis aller Kreditverhandlungen mit dem Ausland seit Herbst 1924 auf etwa 3 Milliarden Goldmark. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß neuerdings im Ausland eine größere Zurückhaltung den deutschen Kreditgesuchen gegenüber beobachtet wird, wobei die verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Gründe mitsprechen.  
Unter den Kreisen, die notgedrungen im Ausland Anleihen aufnehmen müssen, finden sich auch die deutschen Städte, die wiederholt den Versuch machten, einen Teil ihres dringenden Bedarfs durch Auslandskredite zu decken. Es entstand im Ausland ein Bewußtsein einer Anzahl Städte um das verfügbare Anleihegeld, der dazu führte, daß die Bedingungen für die Anleihen sich ungünstiger gestalteten als es ohne diesen Wettbewerb denkbar gewesen wäre, und es entstand auch ein unerfreulicher Eindruck aus diesen oft zu festigen Anforderungen der im Ausland vorfindenden Kreditgeber. Es ist bekannt, daß die Kreditgeber die größten Schwierigkeiten durch Vorschriften zu besetzen suchten, die Anleihen für die Anleihepolitik der Städte enthielten. Nichts als Folge dieser Maßnahmen, vielleiht durch andere Maßnahmen und wirtschaftliche Ereignisse, ist festzustellen, daß es nur noch ganz wenigen nach ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung vom Ausland besonders einseitigen Städten gelungen ist, Auslandsanleihen abzuschließen. Zu diesen Städten gehört auch die Stadt Berlin.

In der Vergangenheit war die Anleihepolitik ein wesentlicher Bestandteil aktiver kommunalpolitisch. Eine gesunde Entwicklung, begünstigt durch die Selbstverwaltung, war in der Finanzwirtschaft der deutschen Gemeinden in den letzten 20 Jahren festzustellen. Zahlreiche kommunale Aufgaben waren zu lösen. Diese Aufgaben wurden immer größer und forderten immer neue Mittel. Die Kommunalverwaltung konnte unter bestimmten Voraussetzungen Aufgaben durch die Reichs- oder Staatsregierung zugewiesen erhalten (obligatorische Aufgaben). Außerdem kann die Gemeinde alle im allgemeinen Interesse liegenden lokalen Aufgaben durchführen. Gerade in dieser Hinsicht gibt es keine Schranken, wie das preussische Oberverwaltungsamt ausdrücklich festgestellt hat, und so gibt es kaum ein kulturelles oder wirtschaftliches Gebiet, in dem die Gemeinden keine Aufgaben auszuwickeln hätten. Als obligatorische Aufgaben erwähnen wir z. B. Führung des Standesregisters, Rechtspflege (Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Aufrechterhaltung von Schiffs- und Gewässeranlagen usw.), Gesundheitsverwaltung, Ortspolizei, Straßenbau, Armenwesen, Unterhaltung der Volksschulen usw.

Sind auch nach dem Kriege gewisse Teilaufgaben in anderer Weise geregelt worden, so blieb doch der wesentliche Teil dieser Aufgaben bestehen, andre traten hinzu. Aber auch die Gebiete, deren Bearbeitung die Gemeinden freiwillig übernahmen, stellen besondere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und damit an die Finanzkraft. Das gilt z. B. für Unterwieswesen und Armenwesen (wobei weit über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgegangen wird und werden muß), für Schaffung und Ausbau der Kanalisationen, Wasserwerk, Badeanstalten, Schlachthöfe, Krankenhäuser, Schulgesundheitspflege, für Schulgesundheitspflege, für Arbeitsvermittlung, für Wohnungsbau, für Schaffung von Ban- und Grünflächen, Spielplätzen, Unterhaltung und Ausbau von Gas- und Elektrizitätswerken, Straßenbau, für Friedhöfe, Gasanlagen, Stadtbanken, Stadtheater, kulturelle Orchester, Gemäldegalerien und, um den Strauß völlig hinst zu machen, Bierbrauereien, Weinwirtschaft usw. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert erhebliche Mittel, und die Gesamtheit der Anforderungen ergibt den Finanzbedarf. Zur Deckung dieses Bedarfs sind in erster Linie die Einnahmen aus eigenem Vermögen bestimmt, dazu gehört Miete und Pacht, Wald- und Jagdwirtschaft, Erträge gewerblicher Betriebe. Die Einnahmen aus Steuern schließen sich an, ganz gleich, ob es sich um eigene Steuern der Gemeinde oder um Anteile an Reichs- und Landessteuern handelt.

Die Verschleudungen im Finanzbedarf treten besonders deutlich in der Erziehung, wenn man bedenkt, daß viele Städte in der Inflation einen großen Teil des eigenen Vermögens verloren haben, insbesondere einen erheblichen Anteil des Bildungsvormögens, und

dem ein großer Teil der freiwillig übernommenen Schuldenlasten gedeckt werden konnte. Je geringer die Ergebnisse aus eigenem Vermögen, Stichtungskapital usw., desto größer die Notwendigkeit, durch Steuern den Ausgleich zu schaffen oder auf Ueberschüsse der Gemeindebetriebe (Verkauf von Gas, Wasser und Elektrizität) hinzuwirken.

Gerade die zuletzt erwähnte Quelle ist aber nicht unerschöpflich, da bei einer bestimmten Grenze der Tarife halbgemacht werden muß, um die Bevölkerung nicht zu hart zu belasten.

Man könnte nun der Meinung sein, daß der Fehlbetrag, der sich nach Abzug der Einnahmen von den Ausgaben im künftigen Haushalts ergibt, sich durch Darlehen bzw. Anleihen decken lassen würde. Eine solche Finanzpolitik galt von jeher als falsch. Der Ausgleich des Haushalts der Städte muß durch Erhöhung der laufenden Einnahmen oder durch Verminderung der laufenden Ausgaben erfolgen. Durch Anleihen zu decken sind naturgemäß nur besonders große Aufwendungen, insbesondere für Kauf von erheblichen Vermögenswerten (Grundbesitz, Häuser, Bau und Erweiterung kommunaler Betriebswerke usw.). Dabei kann nur in wenigen Fällen eine schwebende Schuld, d. h. eine vorübergehende Gelbaufnahme in Frage kommen, da diese allenfalls an die Gemeinde die Notwendigkeit einer Rückzahlung herantreten läßt. Vielmehr ist hier von Bedeutung die fundierte Schuld, die nach einem bestimmten Plan getilgt werden muß und von jeher in produktive und unproduktive Schulden eingeteilt worden ist. Auch bei der Aufbringung der Mittel für Verzinsung und Tilgung der betreffenden Anleihen wurden Unterschiede gemacht. Bei wirtschaftlichen Unternehmungen mußten diese Mittel aus den Einnahmen der Betriebe aufgebracht werden, bei unproduktiven Schulden aus allgemeinen Steuermitteln.

Einige Jahre vor dem Kriege haben die 88 deutschen Städte mit über 30 000 Einwohnern zusammen 518 Millionen langfristige Darlehensschulden gehabt, darunter 406 Millionen schwebende Schulden. Neuerdings fehlen die geäußerten und schwebenden Schulden aus zwischen langfristigen und schwebenden Schulden hat sich vollständig verändert, und außerdem hat die Wertentwicklung auch die Anleihen der Städte so stark beeinflusst, daß eine genaue Uebersicht noch nicht möglich ist. Als Anhaltspunkt für die Entwicklung der Schulden und gleichzeitig für die Aufwertungsüberprüfungen einige Ziffern: Berlin: Anleihe 1910 fast 400 Millionen Mark, 1920 fast 1800 Millionen, 1925 807 Millionen Mark; schwebende Schulden, 1910 nicht vorhanden waren. Köln: Erhöhung der Schuld von 170 auf 330 Millionen, wobei letzterer Ziffer 412 Millionen schwebende Schulden hinzuzurechnen sind.

Die Aufnahme langfristiger Anleihen oder die Gelddarstellung durch kurzfristige Darlehen geschieht in den verschiedensten naturgemäß nach verschiedenen Grundsätzen, doch ist im ganzen festzustellen, daß die Gemeinden einestwegs leichtfertig bei der Übernahme solcher Verpflichtungen vorgehen. Es ist sogar vielfach der Verlust gemacht worden, auf Anleihen überhaupt zu verzichten, doch ist der Zwang der Verhältnisse oft härter als der gute Wille der Gemeinden. Unvergeglichene außergewöhnliche Verpflichtungen, insbesondere im Wohnungsbau, in der Erziehung und Erweiterung von Gemeindebetrieben usw. zwingen dazu, die Rückzahlung gegen Anleihen zu gewinnen. Es darf bei dieser Gelegenheit an die Anleihepolitik der Stadt Wien erinnert werden. Die Stadt Wien bekommt neuerdings immer wieder Anleihen angeboten (befindet sich in dieser Hinsicht also in einer etwas günstigeren Lage als die reichsdeutschen Städte), nimmt diese aber nicht an. Auch bei zweifellos produktiven Zwecken will die Gemeinde Wien mit geborgtem Geld nicht wirtschaften, im Gegensatz zu früher, wo man auf Jahrzehnte hinaus die Gemeinde mit Schulden belastete, allerdings auch nur innerhalb gewisser Grenzen, denn das Wiener Gemeindebudget des Jahres 1918 weist bei einem Gesamtaufwand von 287 Millionen Kronen nur 30 Millionen, rund 10 Prozent, für den Zinsendienst auf. Die Unsicherheit wegen der wirtschaftlichen Zukunft, wegen der Gestaltung der Arbeitslosigkeit, wegen des Weltkrieges, wegen der Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker, wegen der Lösung des russischen Problems usw. sind an einer Einlösung